



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Pythoud-Gaillard Chantal / Jelk Guy-Noël

2021-CE-133

Zusätzliche psychologische Betreuung an den Schulen der Sekundarstufen 1 und 2 und an den Berufsfachschulen?

I. Anfrage

Eltern und Lehrpersonen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen schlagen Alarm: Eine besorgniserregend wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler von Orientierungsschulen, Mittelschulen und Berufsfachschulen sind von psychischen und psychologischen Problemen betroffen.

Die Gesundheitskrise erzeugt ein besonders beängstigendes Klima, das durch das Fehlen einer klaren Perspektive verstärkt wird.

Es treten Schlafstörungen, Motivationsverluste, Angstanfälle, Panikattacken, Magersucht und sogar Suizidgedanken auf.

Überraschend viele junge Menschen nehmen Antidepressiva ein.

Gleichzeitig ist die psychiatrische Klinik von Marsens ständig belegt und die Therapiepraxen sind ausgelastet.

Seit Beginn des Schuljahres scheint es jedoch so, als ob der Shutdown nicht stattgefunden und weder Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler noch auf die Lehrpersonen gehabt hätte.

Die Schulmediatorinnen und Schulmediatoren erfüllen zweifellos eine wichtige Aufgabe; es muss aber festgestellt werden, dass es nicht genug von ihnen gibt und dass sie nicht genügend Zeit haben, um alle Jugendlichen zu betreuen, die Hilfe benötigen.

Jungen Menschen fällt es schwerer, an der Schule Hilfe zu suchen, insbesondere bei Lehrpersonen. Wir stellen fest, dass die nicht an der Schule tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine bemerkenswerte Arbeit leisten, indem sie die Jugendlichen ausserhalb der Schule begleiten. Oft vertrauen sich junge Menschen, die Probleme haben, diesen Menschen an. Daher sollte die Zahl der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter erhöht werden, um diesen Bedarf zu decken.

Jugendliche wenden sich als Erstes an Gleichaltrige, um über ihr Leid zu sprechen. Daher wäre es wichtig, junge Menschen im Zuhören zu schulen und dafür zu sorgen, dass sie gut informiert sind, damit sie die Betroffenen an Fachpersonen weiterweisen können.

Die psychische Verfassung vieler junger Menschen verlangt nach der Fachkompetenz von Psychologinnen und Psychologen oder gar Psychiaterinnen und Psychiatern.

1. Ist eine Einschätzung der psychischen Verfassung der Studierenden vorgesehen?
(Fragebogenumfrage wie beispielsweise:
 - > Stehen Sie in Behandlung mit einem Antidepressivum? ja/nein
 - > Leiden Sie gegenwärtig an Schlafstörungen, die in letzten 9 Monaten aufgetreten sind?
ja/nein
 - > Hatten Sie in den letzten 9 Monaten jemals Angstanfälle oder Panikattacken oder litten Sie an Hyperventilation? ja/nein
 - > Glauben Sie, dass die Bedingungen Ihres Studiums einen direkten Einfluss auf Ihr psychisches Gleichgewicht haben? ja/nein)
2. Kann eine zusätzliche psychologische Betreuung durch Fachleute beauftragt werden?
3. Ist es vorgesehen, neue Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zu schaffen?
4. Werden den Jugendlichen spezifische Kurse für aktives Zuhören und zur Unterstützung von anderen angeboten?
5. Welche Massnahmen werden derzeit umgesetzt?
6. Sind weitere Massnahmen geplant? Wenn ja, wann werden diese eingeführt?

15. April 2021

II. Antwort des Staatsrats

Wie in der Einleitung der Antwort auf die Anfrage «Suizidgefährdete Jugendliche / Schülerinnen und Schüler» von Grossrätin Christine Jakob (Antwort auf die Anfrage 2021-CE-34 vom 28. Juni 2021) erwähnt, ist sich der Staatsrat bewusst, dass die aktuelle Gesundheitskrise grosse Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung im Allgemeinen und junger Menschen im Besonderen hat. Die gegenwärtige Gesundheitskrise ist ein erheblicher Risikofaktor, da sie das Gefühl, sein Leben unter Kontrolle zu haben, und das Kohärenzgefühl beeinträchtigt und die Gefahr der Vereinsamung erhöht. Die persönlichen Ressourcen der jungen Menschen werden dadurch stark strapaziert. Restriktive Gesundheitsmassnahmen von unbestimmter Dauer können ungewollte Nebeneffekte auf die psychische Gesundheit haben.

Der Kanton Freiburg führt regelmässig eine Gesundheitsstudie bei den Freiburger Schülerinnen und Schülern durch, um seine Massnahmen, insbesondere im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention, bestmöglich planen zu können. Die in diesem Jahr veröffentlichten Ergebnisse der Schweizerischen Gesundheitsbefragung und der HBSC-Studie bei den 11- bis 15-jährigen Jugendlichen haben einige der Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit aufgezeigt, die auch in Zeiten einer Pandemie von grosser Bedeutung sind. Diese Daten, obwohl sie im Jahr 2017 erhoben wurden, zeigen, dass sich die grosse Mehrheit der 11- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schüler gesund oder sehr gesund fühlt. Ein beträchtlicher Teil der Schülerinnen und Schüler erlebt jedoch Stress: Ein Viertel der Jungen und etwas mehr als ein Drittel der Mädchen im Alter von 15 Jahren gaben an, sich aufgrund der Arbeit für die Schule gestresst zu fühlen. Sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen nimmt das Symptom der Müdigkeit mit dem Alter deutlich zu. Zum Beispiel haben mehr als 80% der 15-jährigen Mädchen in den letzten 6 Monaten mindestens einmal wöchentlich unter Müdigkeit gelitten.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Gesundheitskrise auf junge Menschen verfolgt der Staatsrat aufmerksam die Ergebnisse verschiedener kürzlich abgeschlossener oder noch laufender Studien. Die Erkenntnisse daraus werden nicht nur die Anpassung der aktuellen Massnahmen ermöglichen, sondern auch als Grundlage für die Planung der zu ergreifenden Massnahmen dienen. Bei den Projekten, die sich mit der Untersuchung der Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit der Bevölkerung befassen, sind unter anderem folgende zu nennen:

- > CoviDelphi-Studie von Unisanté (Centre universitaire de médecine générale et santé publique), Lausanne
- > Umfrage «[Pas au top à cause du corona?](#)», von Unisanté (Centre universitaire de médecine générale et santé publique) Lausanne und dem Verein CIAO bei 7873 jungen Menschen im Alter von 10 bis 25 Jahren in der Westschweiz, darunter 1253 aus dem Kanton Freiburg
- > Monitoring zur psychischen Gesundheit durch die Gesundheitsförderung Schweiz
- > Analysen COVID-19 Social Monitor der ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften)
- > Swiss Corona Stress Study der Universität Basel
- > Studie zu den psychischen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf Jugendliche und ihre Eltern in der Schweiz, Prof. Meichun Mohleur-Kuo und Prof. Susanne Walitza, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Universität Zürich, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich und Institut et Haute École de la Santé La Source – HES-SO
- > «Le vécu des enfants et adolescents de 11 à 17 ans en Suisse romande par rapport au COVID-19 et aux mesures associées (semi-confinement)» (Wie haben Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 17 Jahren in der Westschweiz die Covid-19-Krise und die damit verbundenen Massnahmen (Teil-Shutdown) erlebt?), Daniel Stöcklin, Ludivine Richner, Interfakultäres Zentrum für Kinderrechte, Universität Genf
- > Analyse der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung (Meta-Analyse), BAG
- > Umfrage bei Studierenden der Universität Freiburg zu den Auswirkungen der Pandemie auf ihr Wohlbefinden (<https://projects.unifr.ch/pophealthlab/>)
- > Michaud, P., Vassalli, J., Schmitt, P., A., Jaffé, P., D., Ambresin, A. (2021). « Impact de la pandémie de Covid-19 sur la santé et le développement des jeunes en Suisse - Quel rôle pour les médecins ? », Rev Med Suisse 2021; Ausgabe 7. Nr. 722, S. 150-154.

Die Erkenntnisse aus diesen Studien sowie die Daten, die von den im Kanton Freiburg tätigen Institutionen zur Gesundheitsförderung und Prävention gesammelt werden, sollen namentlich für die Umsetzung der Massnahmen des nächsten Freiburger Programms zur Förderung der psychischen Gesundheit 2022–2025 herangezogen werden. Ebenso sollen diese Daten sowie die Ergebnisse der Umfrage «I mache mit!», die im Herbst 2020 bei einer repräsentativen Auswahl von 1110 Freiburger Studierenden durchgeführt wurde, als Orientierungshilfe für die Umsetzung der Massnahmen des Aktionsplans «I mache mit!» 2022–2026 dienen. Ziel dieses Aktionsplans ist es, die harmonische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unter Wahrung der Chancengleichheit zu fördern.

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Staatsrat die Fragen der Grossratsmitglieder wie folgt:

1. *Ist eine Einschätzung der psychischen Verfassung der Studierenden vorgesehen?
(Fragebogenumfrage wie beispielsweise:*
 - > Stehen Sie in Behandlung mit einem Antidepressivum? ja/nein*
 - > Leiden Sie gegenwärtig an Schlafstörungen, die in letzten 9 Monaten aufgetreten sind?
ja/nein*
 - > Hatten Sie in den letzten 9 Monaten jemals Angstanfälle oder Panikattacken oder litten Sie an Hyperventilation? ja/nein*
 - > Glauben Sie, dass die Bedingungen Ihres Studiums einen direkten Einfluss auf Ihr psychisches Gleichgewicht haben? ja/nein)*

Nein. Der Staatsrat hat nicht die Absicht, in den Freiburger Schulen eine neue Studie zu den von den Grossratsmitgliedern gestellten Fragen durchzuführen. Wie in der Einleitung erwähnt, sind zum Thema der psychischen Gesundheit von Jugendlichen seit Beginn der Pandemie bereits zahlreiche Studien veröffentlicht worden oder sind noch in Gang. Diese Studien, die von erfahrenen Institutionen durchgeführt werden, erlauben es und werden es ermöglichen, sich ein genaues Bild der Situation zu verschaffen. Insbesondere gilt dies für die HSBC-Studie, die seit 1986 alle vier Jahre durchgeführt wird und die auch die Freiburger Schülerinnen und Schüler einschliesst.

Was die Freiburger Schulen betrifft, so haben die Ämter für obligatorischen Unterricht vor kurzem die Schuldirektionen und die Ansprechpersonen der Schülerinnen und Schüler, d.h. Schulmediatorinnen und -mediatoren, Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sowie Schulpsychologinnen und -psychologen, um ihre Einschätzung der Schwierigkeiten gebeten, mit denen die Schülerinnen und Schüler im Zusammenhang mit der Pandemie konfrontiert sind. Etwas mehr als zwei Drittel der Fachpersonen sind der Meinung, den Kindern und Jugendlichen gehe es mehrheitlich gut. Sie alle widmeten sich im Laufe des Schuljahres 2020/21 – einem Schuljahr, das auch von Einschränkungen bei Kultur- und Sportaktivitäten und sozialen Interaktionen geprägt war – verstärkt den Problemen der Schülerinnen und Schüler, die zu ihnen in die Konsultation gekommen sind, um Rat oder Unterstützung zu erhalten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Anfragen zugenommen habe, insbesondere seitens der Schülerinnen und Schüler, die sich bereits in einer fragilen Situation befanden, und dass die Fälle zunehmend komplexer würden. Gerade bei diesem Aspekt hat mehr als die Hälfte der Fachpersonen das Gefühl, dass die Betreuung bestimmter Schülerinnen und Schüler nicht mehr in ihrem alleinigen Zuständigkeitsbereich liege.

Die Frage der psychischen Gesundheit von Mittelschülerinnen und Mittelschülern wird regelmässig abgeklärt. Dies geschieht intern an der Schule, aber auch stufenübergreifend im Rahmen von Treffen mit den Konferenzen der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren (allgemeinbildende Sekundarstufe 2, d.h. S2 im Kanton Freiburg, und berufsbildende Sekundarstufe 2), den Schulmediatorinnen und Schulmediatoren der Mittelschulen, der psychologischen Beratungsstelle der Sekundarstufe 2, den Fachpersonen für Kinderschutz des Jugendamts und dem Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG). Die Beurteilung ergibt ähnliche Ergebnisse: Im Grossen und Ganzen geht es den meisten Jugendlichen recht gut, aber mit der Krise hat sich die Situation der besonders fragilen Personen verschlechtert. Die Zahl der jungen Menschen, die bei den zuständigen Stellen um Unterstützung ersucht haben, ist gestiegen. Die Angst hat zugenommen, besonders bei Schülerinnen und Schülern, die bei der Schularbeit mehr Schwierigkeiten haben. Neben dem schulischen Druck werden die jungen Menschen heute auch von den mit der Covid-19-Pandemie verbundenen Unsicherheiten (Sprachaufenthalt, Auslandsaufenthalt usw.) und der allgemeinen Sorge um die Umwelt stärker belastet.

Ähnliches lässt sich bei den Lernenden in der berufsbildenden Sekundarstufe 2 beobachten. Zu beachten ist auch, dass eine duale Ausbildung, also abwechselnd Tage an der Berufsfachschule und Tage im Betrieb zu verbringen, je nach gewähltem Lehrberuf sehr unterschiedliche Auswirkungen haben kann: Für die einen ist die Arbeit im Betrieb eine wichtige Ressource, vor allem im zwischenmenschlichen Bereich. Andere – zum Beispiel jene, die eine Ausbildung im Gesundheitsbereich machen – erleben die Realität der Pandemie umso intensiver, je mehr sie in der Praxis mit entsprechenden Situationen konfrontiert werden (insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Tod von Patientinnen und Patienten).

2. Kann eine zusätzliche psychologische Betreuung durch Fachleute beauftragt werden?

Es lässt sich derzeit schwer einschätzen, ob an den Schulen ein Mangel an Fachpersonen für Mediation, Psychologie, Krankenpflege oder Medizin oder aber für Schulsozialarbeit besteht und, falls ja, ob dieser Mangel vorübergehend ist oder nicht. Dies hängt von der Art der Schwierigkeiten ab, mit denen die Kinder und Jugendlichen in Zusammenhang mit der sich regelmässig ändernden Gesundheitssituation konfrontiert werden. Für den Staatsrat wird eine zufriedenstellende Betreuung der Schülerinnen und Schüler vor allem durch die Vernetzung gewährleistet, insbesondere in komplexen Situationen. In einem Netzwerk kann jede Fachperson die Dienste anbieten, die mit ihrer Ausbildung zusammenhängen und sich gleichzeitig mit den Kolleginnen und Kollegen ein ganzheitliches Bild von der Situation machen: Wo eine Schulmediatorin oder ein Schulmediator womöglich in einer Situation nicht mehr weiterweiss, kann eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter Ressourcen aktivieren, die für die Schülerin oder den Schüler nützlich sind, und umgekehrt. Mehrere Orientierungsschulen wenden diese bewährte Praxis bereits an.

Ganz allgemein gibt es tatsächlich manchmal Wartezeiten in der Schulpsychologie und in den Betreuungsstellen des Kantons für Schülerinnen und Schüler in grosser psychischer Not (z. B. das Centre thérapeutique de jour (CTJ), die Tagesklinik Freiburg, die psychiatrische Klinik Marsens usw.). Die Betreuung ist aufgrund fehlender Plätze nicht immer möglich. Mehrere Schülerinnen und Schüler sind in Betreuungsstrukturen in anderen Kantonen untergebracht oder stehen auf der Warteliste, je nach Dringlichkeit der Situation.

3. Ist es vorgesehen, neue Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zu schaffen?

Am 1. Dezember 2020 hat der Staatsrat in seiner Antwort auf die Anfrage 2020-CE-162 (Anfrage Cotting-Chardonnens Violaine / Schneuwly André, Anstellung von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern durch die EKSD) seine Absicht bekräftigt, die Schulsozialarbeit angesichts der grossen Zahl der benötigten Vollzeitstellen (VZÄ) schrittweise über mehrere Jahre einzuführen, und zwar zunächst im Rahmen des Finanzplans 2022–2026. In seiner Antwort vom 21. Juni 2021 auf den Auftrag 2020-GC-206 (Auftrag Schneuwly André / Schwander Susanne / Cotting-Chardonnens Violaine / Schwaller-Merkle Esther / Emonet Gaëtan / Brügger Adrian / Pasquier Nicolas / Badoud Antoinette / Sudan Stéphane / Demierre Philippe) Schaffung von Schulsozialarbeiter-Stellen an den obligatorischen Schulen von 2022–2024 hat der Staatsrat zudem bekräftigt, dass die Stellendotation für die Schulsozialarbeit in der nächsten Legislaturperiode (Finanzplan 2022–2026) unter Berücksichtigung des nachgewiesenen Bedarfs der Schulen und der Gemeinden, aller für die Schulen zur Verfügung stehenden Mittel sowie der Prioritäten des Staatsrats schrittweise weiter erhöht werden soll.

Was die berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe 2 betrifft, so ist derzeit nicht geplant, an den Berufsfachschulen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter anzustellen.

4. *Werden den Jugendlichen spezifische Kurse für aktives Zuhören und zur Unterstützung von anderen angeboten?*

Viele der Ziele des Westschweizer Lehrplans PER, des Lehrplans 21 (LP21) und der Lehrpläne für die Bildungsgänge der Sekundarstufe 2 sind auf das Zusammenleben und die Entwicklung der emotionalen Intelligenz ausgerichtet; ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei natürlich auf dem Knüpfen sozialer Kontakte und der Pflege guter Beziehungen im Klassenverbund, da sich junge Menschen ihre Sorgen und Probleme zuerst ihren Freundinnen und Freunden anvertrauen. Die Jugendlichen sollten jedoch nicht in eine Lage versetzt werden, in der sie die unterstützenden Fachpersonen ersetzen. Daher werden junge Menschen eher ermuntert, Probleme den Personen melden, denen sie vertrauen (Lehrpersonen, Schulmediation, Schulsozialarbeit, Gassenarbeit, soziokulturelle Animation, schulmedizinischer Dienst, Schuldirektion, Beratungs- und Hilfsstellen usw. In diesem Sinne sieht die Massnahme 1.3.6 des Aktionsplans «I mache mit!» 2018-2021 vor, die gegenseitige Hilfe und Mediation durch Peers zu stärken. Dazu sollen Kinder und Jugendliche befähigt werden, ihre eigenen Fähigkeiten des Zuhörens und der Empathie zu entwickeln. Zudem sollen sie über die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen informiert werden, damit sie ihre Peers an die richtigen Stellen verweisen können. Diese Massnahme sollte in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Ein Projekt zur Suizidprävention für junge Menschen und die sie betreuenden Erwachsenen ist in Gang. Dieses Projekt, das unter der Schirmherrschaft von PréSuiFri (Verein Suizid Prävention Freiburg) steht, befindet sich in der ersten Phase mit vier Pilotschulen (zwei Schulen der Sekundarstufe 1, eine Schule der allgemeinbildenden und eine Schule der berufsbildende Sekundarstufe 2). Ziel dieser Erprobungsphase ist es, Jugendliche in den Pilotschulen zu befähigen, unter Anleitung von Lehrpersonen im Rahmen regelmässiger oder gezielter Aktivitäten Botschaften für Gleichaltrige und ihre Multiplikatoren zum Thema «sich trauen zu sagen, wenn es nicht gut läuft und Hilfe suchen» zu formulieren.

5. *Welche Massnahmen werden derzeit umgesetzt?*

2017 verabschiedete der Kanton eine kantonale Strategie zur «Gesundheitsförderung und Prävention» (<https://www.fr.ch/de/gesundheit/vorbeugung-und-foerderung/gesundheitsfoerderung-und-praevention>), die unter anderem das «Kantonale Programm zur Förderung der psychischen Gesundheit» der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) sowie das «Konzept Gesundheit in der Schule» umfasst. Mit diesem Konzept, das sowohl die körperliche als auch die psychische Gesundheit einschliesst, werden die GSD und die EKSD in eine gemeinsame Politik zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Schule eingebunden. Für die Umsetzung des Konzepts Gesundheit in der obligatorischen Schule ist die direktionsübergreifende Fachstelle Gesundheit in der Schule zuständig.

Die folgenden Personen, Strukturen und Massnahmen tragen ebenfalls zur Gesundheit und zum Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler bei:

- > *Das Lehrpersonal*, einschliesslich der Klassenlehrpersonen, und die Schuldirektionen, die stets ein offenes Ohr für die Schülerinnen und Schüler haben und sie bei Bedarf an die anderen in dieser Antwort genannten Fachpersonen weiterleiten können.

- > *Die Schulmediation.* Die Schulmediation trägt dazu bei, durch Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern oder Erwachsenen (Lehrpersonen, Eltern, andere Schulpartner/innen) in schwierigen Beziehungssituationen eine offene Kommunikationskultur zu begünstigen.
- > *Die Schulpsychologinnen/Schulpsychologen.* Den Schülerinnen und Schülern der obligatorischen Schule wird ein logopädischer, psychologischer und psychomotorischer Dienst angeboten. Dieser Dienst soll den Schülerinnen und Schülern mit psychologischen Abklärungen, Beratungen und Stützmassnahmen sowie logopädischen und psychomotorischen Abklärungen und Behandlungen Unterstützung und Hilfe bieten. Im Bereich der Psychologie ist insbesondere die Schulpsychologin oder der Schulpsychologe sowohl für Beziehungsaspekte, wie auch für emotionale und intellektuelle Probleme von Schulkindern und/oder Jugendlichen zuständig. Sie können auch Aktivitäten übernehmen, welche die Integration des Kindes oder Jugendlichen in der Klasse fördern; auch sind sie in Zusammenarbeit mit der Schule für präventive Projekte verantwortlich.
- > *Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter (SSA).* Die Fachleute der Schulsozialarbeit sind direkt an der obligatorischen Schule tätig. Sie haben die Aufgabe, die Schule durch eine Früherkennung und Frühbehandlung von Problemen und Konfliktsituationen, die das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler und den guten Verlauf ihrer schulischen Laufbahn beeinträchtigen könnten, zu unterstützen. Sie arbeiten eng mit den Lehrpersonen sowie mit den Familien zusammen.
- > *Die schulinternen Massnahmen für Schulen und Klassen (SED-Massnahmen).* Die Direktorin oder der Direktor der SED-Massnahmen (Unterstützung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten) kann den Schulen schulinterne Massnahmen für den Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern gewähren.
- > *Die Mobile Einheit.* Die Mobile Einheit unterstützt die Schulen bei der Prävention und der Bewältigung von Krisensituationen, die durch das schwierige Verhalten einzelner Schülerinnen und Schüler entstehen. Sie wird auf Begehren der Schuldirektionen tätig.
- > *Die Relaisklassen.* Eine Schülerin oder ein Schüler mit schweren Verhaltensauffälligkeiten, die oder der trotz Einsatz der Schule zur Verfügung stehenden Ressourcen den Unterricht und das Klassen- oder Schulklima erheblich beeinträchtigt oder eine Gefahr für sich selber oder für Dritte darstellt, kann in einer Relaisklasse unterrichtet werden.
- > *Die Seelsorge.* Die Mittschulen bieten einen Seelsorgedienst der anerkannten Religionsgemeinschaften an (allgemeinbildende S2). Für die obligatorischen Schulen wird dieser Dienst nicht überall angeboten, ist aber in einigen Schulen vorhanden.
- > *Andere Akteurinnen und Akteure der berufsbildenden Sekundarstufe 2.* Je nach den auftretenden Schwierigkeiten können sich die Lernenden zusätzlich zu ihrer Klassenlehrperson, den Mediatorinnen und Mediatoren oder ihrer Schuldirektion an verschiedene Behörden oder Fachleute wenden, insbesondere an die Lehraufsichtskommission und die Dienstchefinnen und Dienstchefs des Amts für Berufsbildung (BBA) sowie an das Case Management.

Die Schule arbeitet mit verschiedenen Behörden und Partnern zusammen: Das «Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit» (FNPG), das Jugendamt (JA), die Jugendbrigade, die Sittlichkeitsbrigade, die Friedensrichterinnen und Friedensrichter, die Opferberatungsstelle, die Freiburger Fachstelle für sexuelle Gesundheit (FFSG) usw.

Vor dem Teil-Shutdown gab es bereits mehrere Unterstützungsangebote für die Schülerinnen und Schüler, wie z. B. die oben genannten multidisziplinären Netzwerke von Fachpersonen für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Die Schulen blieben weiterhin Ansprechpartner. Nach

dem Teil-Shutdown wurden auf allen Schulstufen gezieltere Projekte umgesetzt (gegen Stress, Schlafprobleme, problematisches Suchtverhalten, Schwierigkeiten beim Fernunterricht usw.). Die Koordination zwischen den in den Schulen tätigen Fachpersonen wurde verstärkt. Einige Schulen organisierten einen medizinischen Beratungsdienst, andere boten Schulungen oder Aktivitäten an, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglichten, sich zu entspannen und sich wieder auf ihre Schularbeit zu konzentrieren. Einige Pensen bzw. Lektionen der Fachpersonen wurden erhöht, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Auch die persönlicheren Kontakte (Gespräche) wurden verstärkt. Einige der oben genannten Projekte werden fortgesetzt und andere Ideen werden der Palette der Unterstützungsmethoden der intervenierenden Personen hinzugefügt (Förderung von Entspannungsphasen, Erleichterung des Zugangs zum psychologischen Dienst, Entwicklung des Schülerates).

6. Sind weitere Massnahmen geplant? Wenn ja, wann werden diese eingeführt?

Der Staatsrat hat die Einführung eines «Jugendförderplans Freiburg» in die Wege geleitet. Dank der Beteiligung zahlreicher Vertreterinnen und Vertreter von Präventions- und Jugendorganisationen, Gemeinden und Ämtern des Staates schreitet die Arbeit gut voran. Der Auftrag, der bis Ende August abgeschlossen sein soll, umfasst Folgendes:

- > Rasche Bestandsaufnahme der Massnahmen erstellen, mit denen Jugendliche während und nach der Covid-19-Krise in der Praxis unterstützt werden.
- > Einen Koordinationsmechanismus zwischen allen im Feld beteiligten Akteurinnen und Akteuren definieren.
- > Dem Staatsrat zusätzliche dringende Massnahmen vorschlagen.
- > Dem Staatsrat ein Modell für den Umgang mit der Problematik der «post-coviden Jugend» vorschlagen, das in das bestehende System integriert ist.

Zweitens hat das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA) für alle Jugendliche, die zu Beginn des Schuljahres noch keine Lehrstelle gefunden haben, ein Programm namens «Last Minute» eingerichtet. In diesem Jahr wurde dieses Angebot angesichts der besonderen Umstände verstärkt.

Drittens ist in der Westschweiz gerade die neue Plattform [ontécoute.ch](https://ontecoute.ch) für 18-25-Jährige lanciert worden. Sie ergänzt die bereits bestehende Plattform für 11-18-Jährige <https://www.ciao.ch/>. Diese beiden Plattformen bieten eine Online-Unterstützung für junge Menschen an. Manche Jugendliche bevorzugen diesen Weg, um sich anderen anzuvertrauen und Hilfe zu suchen.

Zusammengefasst ist sich der Staatsrat bewusst, dass die aussergewöhnlichen Ereignisse der letzten 15 Monate zu Unsicherheit, Sorgen und Schwierigkeiten bei jungen Menschen im Allgemeinen und bei denjenigen, die bereits fragil waren, geführt haben könnte. Studien zum besseren Verständnis der realen Gegebenheiten sind bereits veröffentlicht oder werden bald erscheinen. Eine ganze Reihe von Massnahmen zur Unterstützung der Jugendlichen im Kanton sind in Vorbereitung und werden in naher Zukunft umgesetzt. Dank der im Rahmen des «Wiederankurbelungsplan Jugend» durchgeführten Arbeiten wird nicht nur ein Inventar der nützlichen Angebote für Jugendliche erstellt, sondern auch ein Koordinationsmechanismus für eine bessere Effizienz eingerichtet.

28. Juni 2021